

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amthliches Publikationsorgan

90 Rp.

Am Montag diskutiert der Landtag das Abgeltungsgesetz

Weitere zweitägige Sitzung des Landtages am Montag und Dienstag – Gesamthaft 28 Tagesordnungspunkte auf der Traktandenliste

(s.e.) – Am Montag wird der Landtag zu einer weiteren zweitägigen öffentlichen Sitzung zusammentreten. Auf die Mitglieder des Parlamentes wartet eine reichbefrachtete Traktandenliste: gesamthaft stehen nicht weniger als 28 Tagesordnungspunkte zur Beratung. Neben diversen Finanzbeschlüssen geht es insgesamt um elf Gesetzesvorlagen oder Gesetzesänderungen, die in erster Lesung behandelt werden. Besonderes Augenmerk dürften dabei der Neuschaffung des Gesetzes über die Abgeltung ökologischer und tiergerechter Leistungen in der Landwirtschaft (Abgeltungsgesetz) zukommen.

Mit dem Abgeltungsgesetz soll nun nach den Willen der Regierung der zweite Teil der landwirtschaftspolitischen Veränderungen in Liechtenstein umgesetzt werden. Die Bewirtschaftung naturnaher Lebensräume, die bodenschonende Bewirtschaftung sowie die umweltschonende und tiergerechte Betriebsführung bilden die drei Kernbereiche dieses Gesetzesentwurfes, der vom Landtag in erster Lesung beraten werden soll. Bereits im Februar dieses Jahres ist das Gesetz über eink-

mensverbessernde Direktzahlungen in der Landwirtschaft in Kraft getreten.

An weiteren Gesetzesvorlagen stehen das Gesetz über die Investmentunternehmen (IUG) und eine Abänderung des Steuergesetzes in bezug auf die Couponsteuer, das Gesetz über die Aufsicht von Versicherungsunternehmen (Versicherungsgesetz), die Abänderung des Gewerbegesetzes im Hinblick auf die Anpassung an das GATT, die Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung, die Abänderung des Gesetzes über die Mehrwertsteuer, die Einführung von Wettbewerbsregeln im EWR, die Abänderung des Gesetzes über die nicht zweckgebundenen Finanzzuweisungen an die Gemeinden (Finanzausgleich: Verteilungsschlüssel pro 1995) sowie zwei Abänderungen mit bezug auf die Gesetzgebung betreffend Rechtsanwälte, Patentanwälte und Treuhänder im Mittelpunkt der zweitägigen Beratungen. Ebenfalls in erster Lesung wird eine Abänderung der Zivilprozessordnung behandelt und vor der Verabschiedung steht das Gesetz betreffend Heimtierfutter, welches die Herstellung von und den

Verkehr mit Heimtierfutter im Zusammenhang mit den EWR-Bestimmungen regelt.

Stellenbewilligungen und Finanzanträge

Breiten Raum im Verlaufe der zweitägigen Landtagssitzungen werden zweifellos auch die verschiedenen Finanzanträge und der Antrag der Regierung betreffend Bestand und Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat einnehmen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages sollen die Dienststelle für Bankenaufsicht, die Stabstelle Finanzen/Finanzkontrolle, das Amt für Soziale Dienste, die Landespolizei, das Amt für Gewässerschutz und das Amt für Berufsbildung personell verstärkt werden. Neu würde der Stellenplan 1996 somit 492,4 Stellen betragen.

Bei den Finanzanträgen geht es um die Beteiligung des Landes an der 4. Kapitalerhöhung des Sozialfonds des Europarates, um Gewährung eines Landesbeitrages für die Jahre 1996 – 98 in der Höhe von insgesamt 330 000 Franken an die Geschäftsstelle der Internationalen Al-

penschutzkommission CIPRA in Vaduz sowie um die Ausrichtung eines jährlichen Beitrages von 115 000 Franken von 1995 bis 1996 an die Weiterbildungsaktivitäten der Gewerbe- und Wirtschaftskammer. Für die geplante Erweiterung des Schulzentrums Unterland in Eschen soll der Landtag einen Verpflichtungskredit von 9,1 Mio Franken genehmigen.

Zwei FBP-Postulate

Der Landtag wird sich weiters mit verschiedenen Jahresberichten (Parlamentarische Versammlung des Europarates; Parlamentarische Versammlung der KSZE/OSZE; EFTA/EWR Parlamentarier-Komitee), mit Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau und der Rechte des Kindes befassen und Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses zur Kenntnis nehmen. Traktandiert ist ferner das FBP-Postulat über die Reform des Ehetrennung- und Scheidungsrechts und voraussichtlich werden die Abgeordneten auch das FBP-Postulat über die Einführung einer kilometerabhängigen Besteuerung von Motorfahrzeugen in Beratung ziehen.



Unsere Erbprinzessin feiert Geburtstag

Heute Samstag feiert I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein (im Bild anlässlich der Taufe von Thronfolger S.D. Prinz Joseph Wenzel zusammen mit S.D. Erbprinz Alois) mit ihren Geburtstag. Dazu übermitteln wir ihr die herzlichsten Glückwünsche nach London, wo sich das Durchlauchte Erbprinzenpaar derzeit aufhält und wo bereits am 24. Mai dieses Jahres ein freudiges Ereignis gefeiert werden konnte: die Geburt eines Sohnes und Thronfolgers, der auf den Namen Josef Wenzel Maximilian Maria getauft wurde. Während Erbprinz Alois nach Abschluss seines Jura-Studiums gegenwärtig in der englischen Metropole weitere berufliche Erfahrungen sammelt, widmet sich die Erbprinzessin vorerst ganz ihren mütterlichen Aufgaben. Zum heutigen Geburtstag wünschen wir ihr – auch im Namen unserer Leserschaft – alles Gute und ein frohes Fest.

Auch in der Politik kommt es heute auf die richtige «Software» an

Auftakt der Ortsgruppenbesuche des neuen FBP-Präsidiums gestern abend in Schellenberg – Bericht von Parteipräsident Dr. Norbert Seeger

Gestern abend erfolgte im Restaurant Krone in Schellenberg der Auftakt zu den Ortsgruppenbesuchen 1995 des neuen FBP-Präsidiums. Die interessante Veranstaltung stand am Beginn eines Besuchs-Zyklus' in allen Gemeinden, der am 11. Dezember in Vaduz enden wird. Die zahlreichen Anwesenden erhielten gestern Informationen aus erster Hand über die laufenden Geschäfte des Präsidiums, über Aktuelles aus Regierung und Landtag sowie über das Gemeindegeschehen.

Xaver Biedermann, Obmann der FBP-Ortsgruppe Schellenberg, begrüßte die Anwesenden und führte in den Abend ein.

Für einen «schlanken» Staat

Im Anschluss daran berichtete Parteipräsident Dr. Norbert Seeger über die bisherigen Geschäfte des Präsidiums seit dem Amtsantritt am Parteitag vom 12. Juni 1995. Dr. Seeger sprach sich in diesem Zusammenhang für einen «schlanken» Staat aus, der den Bürgern das notwendige Mass an Selbstverantwortung und Selbstentfaltung ermöglicht: «Nicht

der lenkende und subventionierende Eingriff des Staates, sondern die Entscheidungen der Unternehmer und das Engagement ihrer Mitarbeiter sind entscheidend».

Dem Bürger lassen, was des Bürgers ist

Er sprach sich für eine Rückbildung aller Auswüchse der Bürokratie aus. «Politik», so Dr. Seeger weiter, «soll dem Bürger lassen, was des Bürgers ist». Im weiteren Verlauf des Abends kamen Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel und Regierungsrätin Dr. Cornelia Gasser zu Wort. Sie informierten die Anwesenden über aktuelle Themen aus der Regierung. Die Abgeordnete Dr. Renate Wohlwend berichtete aus dem Landtag und Patrik Kaiser, Aktuar, sprach über die vor kurzem reaktivierte Junge FBP. Im Anschluss daran erteilten Vize-Vorsteher Norman Wohlwend, Victor El-kuch, Mitglied der Umweltkommission und Karl Biedermann, Präsident der Kulturkommission, detaillierte Auskünfte zum aktuellen Gemeindegeschehen. Eine rege Diskussion bildete den Abschluss des ersten Ortsgruppenbesuches.



Gestern abend erfolgte in Schellenberg der Auftakt zu den Ortsgruppenbesuchen 1995 des neuen FBP-Präsidiums. Die Landtagsabgeordnete Renate Wohlwend sowie Ortsgruppen-Obmann Xaver Biedermann freuten sich dabei sichtlich, erstmals FBP-Präsident Norbert Seeger (v.l.n.r.) in offizieller Mission begrüßen zu können. (Bild: bs)

Bürgerliche Kritik an der AHV-Politik

Stellungnahmen von FDP, CVP, SVP sowie SGB und CNG

Bern (AP) Die bürgerlichen Bundesratsparteien haben am Freitag mit harter Kritik auf den Drei-Säulen-Bericht des EDI (siehe Seite 23 Zeitgeschehen) reagiert. Sie warfen Bundesrätin Dreifuss vor, vor den Wahlen nicht offen über den Finanzbedarf bei der AHV informiert zu haben. Seitens der SP war zunächst keine Stellungnahme erhältlich.

Die FDP habe ihre Besorgnis über den Finanzbedarf der AHV/IV im kommenden Jahrhundert bereits 1994 geäußert. Vor den Wahlen habe das EDI die wachsenden Stimmen aber offensichtlich nicht hören wollen. Die Dramatik zeige sich heute darin, dass zur laufenden AHV-Finanzierung bereits ab 1996 Zuschüsse der Zinserträge auf dem Reservefonds gebraucht würden. Vermisst werden im Bericht Lösungsansätze. Eine weitere Erhöhung der Lohnprozente lehnt die FDP klar ab. Zustimmung fand dagegen das Bekenntnis zur heutigen Dreisäulen-Konzeption sowie zur verfassungsmässigen Verankerung der Ergänzungsleistungen.

Auch die CVP kritisierte, die von Dreifuss vor den Wahlen abgegebenen Beteuerungen zur AHV hätten nicht den

Tatsachen entsprochen. Die Partei erwarte nun vom Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) eine Zusammenstellung der Kostenfolgen verschiedener Varianten zur Weiterentwicklung der AHV, welche auch die von der CVP geforderte Einheitsrente berücksichtige. Die SVP rief Dreifuss auf, den Ernst der Lage endlich zu erkennen: «Die Zeit der Beschönigungen und Verschleierungen ist vorbei». Massnahmen zur Sicherung des AHV-Fundaments müssten unverzüglich an die Hand genommen werden.

kind
Radio / Fernsehen
Heute in Eschen
PLATTENSPIELERKLINIK
Kostenloser Service.
Neue Energie für Ihren Plattenspieler!

«Zoll-Europa» mit Osterweiterung

Interlaken (AP) Mehrere mittel- und osteuropäischen Länder kommen in den Genuss von erleichterten Zollformalitäten. Dies haben die Zolldirektoren Europas bei einem Treffen in Interlaken beschlossen, wie das Eidgenössische Finanzdepartement und die Zollverwaltung am Freitag mitteilten.

Dem Handelswarenverkehr mit den Visegrader-Staaten Polen, Ungarn, Tschechische und Slowakische Republik werden mit dem am Donnerstag abend von den Zolldirektoren einstimmig gefassten Beschluss wesentlich geringere Hürden erwachsen. Profitieren können von der neuen Regelung Exporteure aus dem Osten, Lieferanten aus dem Westen, aber vor allem auch Transporteure. Güter können zum Beispiel zwischen Warschau und Lissabon mit einem Transitdokument und einer einheitlichen Zollerklärung zirkulieren.

Zudem soll der Transitverkehr zwischen allen beteiligten Staaten innert nützlicher Frist informatisiert werden. Die künftige Abfertigung per Computer wird den Warenverkehr zusätzlich vereinfachen und stimulieren.

20 JAHRE
federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
BUCHS UND VADUZ

aktuelle Themen

Wollen EWR-Banken wegen Franken nach Liechtenstein?	2
3. Ministerkonferenz in Sofia	3
Leserservice	4
Briefmarkenbörse	7
Faforum der GWK	15
Fussball-Vorschau	17
Schlechte Aussichten für AHV	23
Reform der Rechtschreibung verschoben	24



UNO-Beilage

Am Dienstag gingen in New York die Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der UNO zu Ende. Anlässlich des Jubiläums veröffentlichen wir in dieser Ausgabe auf den Seiten 11 bis 14 eine vierseitige UNO-Sonderbeilage zum Herausnehmen.



BOSS

Helbling
BUCHS, BAHNHOFSTRASSE